

[ME] Regierung richtet Ministerium für Informationsgesellschaft ein

IRIS 2009-3:1/25

Daniela Seferovic KRUG Kommunikation & Medien, Montenegro

Die Regierung Montenegros richtete ein neues Ministerium für Informationsgesellschaft ein, dessen Hauptaufgabe darin besteht, die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien zu verbessern. Gemäß den Änderungen zur Verordnung über die Organisation und Funktionsweise der staatlichen Verwaltung vom 11. Dezember 2008 ersetzt das neue Ministerium das bestehende Entwicklungssekretariat. Letzteres war neben der Ausarbeitung, Umsetzung und Überwachung von nationalen und regionalen Entwicklungsstrategien verantwortlich für die Entwicklung und Pflege des Informationssystems der staatlichen Verwaltungsorgane, für die Vorbereitung der Grundlagen für den EU-Beitritt im Bereich der Entwicklung und Umsetzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (eEurope) sowie für die Führung zentralen Wahlregisters und die Umsetzung von Verordnungen zu elektronischen Signaturen. In ihrer Erklärung der Beweggründe für diese strukturellen Änderungen erklärte die Regierung, dass eine Weiterentwicklung bei der Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien für die staatlichen Verwaltungsorgane erforderlich sei, damit sie in die Lage versetzt werden, ihre Ziele effizient und wirtschaftlich zu erreichen. Sie sei zudem eine Voraussetzung für die allgemeine Entwicklung der wirtschaftlichen. wissenschaftlichen und zivilen Gesellschaft. Im vergangenen Jahr wurde die nationale montenegrinische Internetdomain ".me" erfolgreich eingeführt, was viele als die größte Errungenschaft im Informationssektor betrachten. Eines der Hauptprojekte für dieses Jahr wird voraussichtlich der Beginn der Umsetzung des montenegrinischen eGovernment -Projekts, durch das Funktionen Verwaltungsorganen in digitaler Form über das Internet ausgeführt werden.

Im vergangenen Jahr stärkte die Regierung zusätzlich ihre Rolle bei der Rundfunkregulierung durch die Einsetzung einer neuen Behörde für elektronische Kommunikation und Postaktivitäten, die durch den Zusammenschluss des technischen Sektors der Rundfunkbehörde, die sich mit der Vergabe von Rundfunkfrequenzen und -lizenzen befasste, und der der Regierung unterstellten Telekommunikationsbehörde entstand.

Änderungen zur Verordnung über die Organisation und Funktionsweise der staatlichen Verwaltung vom 11. Dezember 2008

